



Picture credit: [Photo by Sinikka Halme](#), licensed under Creative Commons Attribution-Share Alike 4.0 International

Nordische Entwicklungen auf einen Blick – Die Türkei hebt vorerst ihr Veto gegen den NATO-Beitritt Schwedens und Finnlands auf. Schwedische Wähler beginnen sich auf die Parlamentswahlen Anfang September einzustellen. 7 Arktische Länder stehen vor der Frage, wie eine Kooperation ohne Russland aussehen könnte.

Vorbehalt der Türkei gegenüber der NATO-Mitgliedschaft Schwedens und Finnlands aufgehoben

Für die nordischen Länder war während des Gipfels in Madrid das Treffen zwischen dem türkischen Staatspräsidenten und seinen schwedischen und finnischen Amtskollegen von herausragender Bedeutung.

Am Ende der Verhandlungen am Dienstagabend kam es zu einem [trilateralen Abkommen](#).

Zu den Klauseln des Abkommens gehört das Versprechen, dass Schweden und Finnland die YPG/PYD, die für den Kampf gegen den sogenannten Islamischen Staat eine ausschlaggebende Rolle spielten, sowie die Gülen Bewegung in keiner Weise unterstützen werden. Die schwedische Regierung bestätigte auch, bis zum ersten Juli ein neues Gesetz über terroristische Straftaten zu verabschieden und weitere Verschärfungen der Terrorbekämpfung einzuführen. Schweden will außerdem seine Regeln für den Export von Waffen ändern, um Lieferungen an die Türkei wieder zu ermöglichen. Im Gegenzug unterstützt die Türkei das Ansuchen der beiden nordischen Länder in das NATO-Bündnis aufgenommen zu werden.

Das Ende des türkischen Vetos wurde vor allem von der schwedischen Delegation in Madrid mit deutlicher Erleichterung begrüßt. Der Weg vom Anwärterstatus zur vollen Mitgliedschaft kann sich dennoch in die Länge ziehen, zumal das trilaterale Abkommen rechtlich nicht bindend und offen für unterschiedliche Interpretationen ist. Ob es in Schweden zum Beispiel politisch tragbar sein wird Journalisten oder Aktivisten, die von Ankara als Terroristen gesehen werden, in die Türkei auszuweisen, scheint ungewiss. Die diplomatische Spannung zwischen der Türkei, Schweden und Finnland ist aber zumindest vorerst gelöst.

Schwedische Politik im Vorfeld der Wahlen am 11. September

Die regierenden Sozialdemokraten (S) genießen weiterhin stabile Umfragewerte. Laut der Umfrageagentur [Pollofpolls.se](#) liegen sie derzeit bei 32% der Stimmen, 3,2 Prozentpunkte über den Vergleichswerten vom November 2021. Eine Erklärung für den Anstieg ist die Persönlichkeit und das Krisenmanagement der Ministerpräsidentin Magdalena Andersson während der NATO-Debatte und des Ukraine-Krieges. Die Umfragen deuten auch daraufhin, dass die konservativen Moderaten (M) bei ungefähr 20% und die rechtsnationalen Schwedendemokraten (SD) bei 17% liegen. Falls die ökologische Miljöpartiet (MP) den Einzug ins Parlament im September nicht schafft, wonach es derzeit aussieht, würde dies eine knappe Mehrheit für eine Mitte-rechts orientierte Koalition von Moderaten, Schwedendemokraten, Liberalen und Christdemokraten gegenüber einer Mitte-links orientierten Koalition von Sozialdemokraten, Linken und Zentrumsparterie bedeuten.

Laut Umfragen von [Sentio](#), [Ipsos](#) und [TNS-Sifo](#) ist es den Liberalen (L) gelungen ihre Position zu stärken. Einer der Gründe hierfür ist der neue Parteivorsitzende Johan Pehrson, seit April im Amt. Pehrsons charismatisches Auftreten hat Zuversicht in die Fähigkeit der Partei geweckt.

Aktuelle Umfragen zeigen, dass die Mehrheit der schwedischen Wähler sich für die Lösung innen- und sozialpolitischer Fragen interessiert. Gemäß der letzten Meinungsumfrage von Ipsos erklärten 60% der Befragten, dass der Umgang einer Partei mit Kriminalität bzw. Recht und Ordnung ausschlaggebend für ihre Wahlentscheidung sei. Zudem verwiesen 58% der Befragten auf Gesundheitswesen und Pflege, 42% hielten Bildung und 40% die hohe Inflation für wichtige Themen. Nur 30% der Befragten erwähnten Umwelt- und Klimapolitik als Priorität. Interessanterweise wurden trotz des Krieges in der Ukraine und der NATO-Debatte in den nordischen Ländern Sicherheits- und Verteidigungspolitik nur von 26% der Befragten als wichtig für die Wahlen gesehen.

Mögliche Arktis Kooperation im A7-Format

Mit Beginn des russischen Angriffskrieges auf die Ukraine ist die Zusammenarbeit im Arktischen Rat fast vollständig eingestellt worden. Russland, welches derzeit die rotierende Ratspräsidentschaft innehat, war als Gastgeberland für mehrere Ministertreffen und Konferenzen zur arktischen Zusammenarbeit vorgesehen. Diese finden nun nicht mehr mit internationaler Teilnahme statt. Die Mitgliedsstaaten des Rates ohne Russland, die sich informell als A7 bezeichnen und Moskaus Aggression gegen die Ukraine scharf verurteilt haben, bewegen sich allmählich auf eine neue Form der Zusammenarbeit zu, obwohl noch unklar ist, wie eine Zusammenarbeit ohne Russland, dem größten arktischen Staat, aussehen könnte.

Die Aussichten auf eine effektive Zusammenarbeit bei solch dringenden Themen wie Forschung, Eindämmung des Klimawandels oder zunehmender menschlicher Aktivität in der Arktis, werden durch die russischen Drohungen gegenüber Finnland und Schweden, beides Mitglieder des Arktischen Rates, wegen ihrer Beitrittsanträge zum NATO-Bündnis noch erschwert. Für Moskau und seine außenpolitischen Ziele ist der Aufbau der Energieinfrastruktur im hohen Norden lebenswichtig.